

Deutsche Note an Amerika.

Die Antwort auf Wilsons Botschaft.

Berlin, 31. Januar.

Dem hiesigen Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika, Botschafter James W. Gerard, ist heute die folgende Note übermittelt worden:

„Berlin, den 31. Januar 1917.

Eure Excellenz haben die Güte gehabt, mir unter dem 22. d. von der Botschaft Mitteilung zu machen, die der Herr Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika am gleichen Tage an den amerikanischen Senat gerichtet hat. Die kaiserliche Regierung hat von dem Inhalt der Botschaft mit der ernststen Aufmerksamkeit Kenntnis genommen, die den von höherem Verantwortlichkeitsgefühl getragenen Darlegungen des Herrn Präsidenten zukommt. Es gereicht ihr zu großer Genugtuung, festzustellen, daß die Richtlinien dieser bedeutsamen Kundgebung in weitem Umfang mit den Grundsätzen und Wünschen übereinstimmen, zu denen sich Deutschland bekennt.

Siezu gehört an erster Stelle das Recht der Selbstbestimmung und die Gleichberechtigung aller Nationen. In Anerkennung dieses Prinzips würde Deutschland es aufrichtig bedauern, wenn Völker wie Irland und Indien, die sich der Segnungen staatlicher Unabhängigkeit nicht erfreuen, nunmehr ihre Freiheit erlangen. Bündnisse, die die Völker in den Wettbewerb um die Macht hineintreiben und in ein Netz eigenwilliger Intrigen verstricken, lehnt auch das deutsche Volk ab. Dagegen ist seine freudige Mitarbeit allen Bemühungen gewillt, die auf die Verhinderung künstlicher Kriege abzielen. Die Freiheit der Meere als Vorbedingung für den freien Verkehr und den

friedlichen Verkehr der Völker hat ebenso wie die offene Tür für den Handel aller Nationen stets zu den leitenden Grundsätzen der deutschen Politik gehört.

Um so tiefer beklagt es die kaiserliche Regierung, daß das friedensfeindliche Verhalten ihrer Gegner es der Welt unmöglich macht, schon jetzt die Verwirklichung dieser erhabenen Ziele in Angriff zu nehmen. Deutschland und seine Verbündeten waren bereit, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten, und hatten als Grundlage die Sicherung des Daseins, der Ehre und der Entwicklungsfreiheit ihrer Völker bezeichnet. Ihre Pläne waren, wie sie in der Note vom 12. Dezember 1916 ausdrücklich betonten, nicht auf die Verschmutterung oder Vernichtung der Gegner gerichtet und nach ihrer Ueberzeugung mit den Rechten der anderen Nationen wohl vereinbar.

Keine Annexionsabsichten gegen Belgien.

Was insbesondere Belgien anlangt, das den Gegenstand warmer Sympathien in den Vereinigten Staaten bildet, so hatte der Reichskanzler wenige Wochen zuvor erklärt, daß eine Einverleibung Belgiens niemals in Deutschlands Absichten gelegen habe. Deutschland wollte in dem mit Belgien zu schließenden Frieden lediglich Vor Sorge dafür treffen, daß dieses Land, mit dem die kaiserliche Regierung in guten nachbarlichen Verhältnissen zu leben wünscht, von den Gegnern nicht zur Förderung feindlicher Anschläge ausgenutzt werden kann. Solche Vor Sorge ist um so dringender geworden, als die feindlichen Machthaber in wiederholten Reden und namentlich in den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz unverhüllt die Absicht ausgesprochen haben, Deutschland auch nach Wiederherstellung des Friedens nicht als gleichberechtigt anzuerkennen, vielmehr systematisch weiter zu bekämpfen.

An der Eroberungssucht der Gegner, die den Frieden diktiert wollen, ist der Friedensversuch der vier Verbündeten gescheitert. Unter dem Aushängeschild des Nationalitätenprinzips haben sie als Kriegsziel enthüllt, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien zu zerstücken und zu entehren. Dem Versöhnungswunsch stellen sie ihren Vernichtungswillen entgegen. Sie wollen den Kampf bis aufs Äußerste. So ist eine neue Sachlage entstanden, die auch Deutschland zu neuen Entschlüssen zwingt.

Die Verschärfung des U-Bootkrieges.

Seit zweiundeinhalb Jahren mißbraucht England seine Flottenmacht zu dem frevelhaften Versuch, Deutschland durch Hunger zur Unterwerfung zu zwingen. In brutaler Mißachtung des Völkerrechtes unterbindet die von England geführte Mächtegruppe nicht nur den legitimen Handel ihrer Gegner, durch rücksichtslosen Druck nötigt sie auch die neutralen Staaten, jeden ihr nicht genehmen Handelsverkehr aufzugeben oder den Handel nach ihren willkürlichen Vorschriften einzuschränken. Das amerikanische Volk kennt die Bemühungen, die unternommen worden sind, um England und seine Bundesgenossen zur Rückkehr zum Völkerrecht und zur Achtung vor dem Gesetz der Freiheit der Meere zu bewegen. Die englische Regierung verharret bei ihrem Aushungerungskrieg, der zwar die Wehrkraft des Gegners nicht trifft, aber Frauen und Kinder, Kranke und Greise zwingt, um ihres Vaterlandes willen schmerzliche, die Volkskraft gefährdende Entbehrungen zu erdulden. So häuft britische Herrschaftsucht kalten Herzens die Leiden der Welt unbekümmert um jedes Gebot der Menschlichkeit, unbekümmert um die Proteste der schwer geschädigten Neutralen, unbekümmert selbst um die stumme Friedenssehnsucht bei den Völkern der eigenen Bundesgenossen. Jeder Tag, den das fürchtbare Ringen andauert, bringt neue Verwüstungen, neue Not und neuen Tod. Jeder Tag, um den der Krieg abgekürzt wird, erhält auf beiden Seiten Tausenden tapferer Kämpfer das Leben und ist eine Wohltat für die gereinigte Menschheit.

Die kaiserliche Regierung würde es vor ihrem